

## A6 K-6: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

2 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“  
3 ausgerufen und kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-  
4 Bahn-Wagen in Milliardenhöhe bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -  
5 sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in der öffentlichen Verwaltung  
6 geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer angehoben,  
7 massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz und die  
8 Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit  
9 von vor der Grünen Regierungsverantwortung.

10 Berlin war heruntergewirtschaftet

11 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat  
12 die Devise ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke  
13 waren kaum noch handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der  
14 Personalabbau. Die Berliner Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals  
15 landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Gemeinnützige Siedlungs- und  
16 Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte Gesellschaft mittlerweile  
17 der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt\*innen weit  
18 hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische  
19 Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der  
20 Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht  
21 mal am Horizont erkennbar.

22 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

23 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit  
24 zurückgegeben. Seit 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf  
25 etwa 24.300 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer  
26 Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf  
27 heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu  
28 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder  
29 in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der  
30 „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der  
31 Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister\*innen und alle  
32 Senator\*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins  
33 Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten  
34 Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene  
35 weiter beschleunigen.

36 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

37 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir  
38 wollen das Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der  
39 Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der  
40 kommenden Legislaturperiode werben wir weiter bei anderen Parteien für eine  
41 echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den Aufbau von

42 Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner  
43 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften  
44 forcieren. Dabei wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen,  
45 Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

46 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

47 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen.  
48 Wir verstehen die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als  
49 zentralen Hebel dafür. Mit einem Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß  
50 von CO<sub>2</sub> reduzieren und die Reduzierung von Treibhausgasen auch noch stärker in  
51 die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der Berliner Klimaschutzrat  
52 soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

53 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

54 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine  
55 leistungsstarke Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral.  
56 Berlin kann nur dann funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng  
57 zusammenarbeiten. Darum werden wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“  
58 und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen relevanten Themen und Aufgaben wollen  
59 wir ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen schließen.  
60 Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen Hauptverwaltung und  
61 Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren wird ein  
62 erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen  
63 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen.  
64 Dafür werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und  
65 die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser  
66 Stadt längst ist.

67 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

68 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter  
69 zu stärken. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz  
70 besetzen, sondern eine echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren  
71 Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der einen Seite und klarer  
72 Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“  
73 wird für die Bürger\*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit  
74 geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen,  
75 zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine  
76 bindende Wirkung haben.

77 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die  
78 Corona-Krise stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen  
79 der öffentlichen Ausgaben und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer  
80 machen – das hat uns die Vergangenheit gelehrt. Zumal auch unterlassene  
81 Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der städtischen  
82 Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt  
83 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem  
84 1,5-Grad-Pfad folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für  
85 eine demokratische, gerechte und vielfältige Hauptstadt.

86 6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und  
87 gerechter machen

88 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016  
89 einen neuen Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der  
90 Stadt, in Schulen, U- und S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal  
91 und Digitalisierung. Die Corona-Krise hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten  
92 Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite aufnehmen. Wir haben dies getan, um die  
93 wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten Jahren und ihre weitere  
94 Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer\*innen wurden mit  
95 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen  
96 wir der Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit  
97 überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie  
98 die Krise nur noch teurer macht. Wir bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns  
99 weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso  
100 wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute  
101 Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin  
102 klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

103 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

104 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei  
105 Vermögen im Wert von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser  
106 Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir in der Landeshaushaltsordnung  
107 einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt, aber nicht genug. Wir wollen  
108 eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und durch  
109 eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir um Mehrheiten über  
110 die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem  
111 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz  
112 und in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des  
113 Abgeordnetenhauses.

114 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns  
115 aber nicht genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil  
116 Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert,  
117 wollen wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand  
118 zurückholen. Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht  
119 nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte  
120 Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt. Den Einfluss des  
121 Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen  
122 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50  
123 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und  
124 vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren  
125 setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private  
126 Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten  
127 für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen.  
128 Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner Energie-Agentur,  
129 zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur  
130 Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

131 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

132 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche  
133 CO<sub>2</sub>-Emissionen verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer  
134 Maxime auch haushalts- und finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen  
135 wir ein „Klima-Budget“ für die Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne

136 Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem davon abgeleiteten Berliner  
137 Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer Klimaschutzmaßnahmen im  
138 Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere Sondervermögen  
139 des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an –  
140 Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine  
141 Gesellschaften Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll  
142 ausgeweitet werden und systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser  
143 Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit einer jährlichen Berichtspflicht  
144 gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur Klima- und CO<sub>2</sub>-Bilanz  
145 der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken die  
146 Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der  
147 Ausgabe von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher  
148 Investitionsvorhaben, etwa im Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

#### 149 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

150 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des  
151 Staates wie seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten  
152 Ländersteuern und durch eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur  
153 Umverteilung von Reichtum und zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen  
154 die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer prüfen und dazu  
155 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit  
156 Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu steigern  
157 und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht  
158 es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten  
159 landeseigenen „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit  
160 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen  
161 kooperieren.

162 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren  
163 arbeiten wir in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten  
164 liegen mittlerweile ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen  
165 wir konkrete Zielmarken formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um  
166 Lohnungleichheiten zwischen Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern  
167 bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass sich die  
168 gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung  
169 widerspiegelt. Um Bürger\*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von  
170 öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt  
171 Bürger\*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

172 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von  
173 Berlin aus auf Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem  
174 Investor\*innen beim Immobilienkauf die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf  
175 Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur Finanzierung nötiger  
176 Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung einer  
177 Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu  
178 gestalten.

#### 179 6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

180 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür,  
181 dass Anliegen und Anträge von Bürger\*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet  
182 werden, Beteiligung selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig

183 gebaut werden. Zuletzt hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie  
184 elementar es für uns alle ist, eine gut ausgestattete, effiziente Verwaltung zu  
185 haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten Service garantieren kann und in  
186 der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und reibungslos  
187 ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen  
188 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne  
189 gemeinsamer Standards. Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren  
190 und die Mitarbeiterschaft so divers aufstellen, wie unsere Stadt auch  
191 tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind die Basis für  
192 Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die  
193 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

194 Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen  
195 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts  
196 eng zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser  
197 „gesamtstädtischen Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den  
198 wir 2019 geschlossen haben, und zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der  
199 kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen relevanten Themen und Aufgaben  
200 ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen. Die Bezirke wollen  
201 wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche  
202 Handlungsspielräume zu eröffnen.

203 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen  
204 Neuordnung der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu  
205 erreichen, wollen wir einen Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre  
206 Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen. Dies ist in manchen Punkten nur  
207 durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus  
208 möglich.

209 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

210 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene  
211 Berliner Service- und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger\*innenamt  
212 weiterentwickeln, das so viele Verwaltungsdienstleistungen wie möglich  
213 automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel für die Nutzer\*innen und  
214 hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren  
215 Mitarbeiter\*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

216 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City  
217 wollen wir digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen  
218 verhindert Stau und sorgt dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind,  
219 wo sie gebraucht werden. Intelligentes Müllmanagement sorgt für saubere Kieze,  
220 die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird automatisch mit den Geburten- und  
221 Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

222 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für  
223 Digitalisierung, die derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der  
224 Wirtschaftsverwaltung liegen, besser strukturieren und zusammenführen. Wir  
225 brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets.  
226 Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über 100  
227 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-  
228 Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen  
229 Gebäude ans Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen,

230 inwieweit ein landeseigenes Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller  
231 meistert. Auf Landesebene wollen wir die Verantwortung für die Digitalisierung  
232 in einer zentralen Steuerungsstruktur zusammenfassen, anstatt es weiterhin über  
233 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das Zusammenspiel dieser neuen  
234 zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir auch in jedem  
235 Bezirksamt eine\*n zentrale\*n Digitalisierungsbeauftragte\*n einführen und die  
236 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

237 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der  
238 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben  
239 Bürger\*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare  
240 Verantwortlichkeiten, „privacy by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen  
241 und ein\*e gut ausgestattete IT-Sicherheitsbeauftragte\*r sind für uns integraler  
242 Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem  
243 Management der Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke  
244 sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir den richtigen  
245 Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen  
246 auf besondere Bedürfnisse.

247 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für  
248 Verwaltungsmitarbeiter\*innen als auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale  
249 Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen Bestandteil von Weiterbildungen der  
250 Verwaltungsmitarbeiter\*innen werden.

251 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

252 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter\*innen. In den kommenden  
253 Jahren wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden,  
254 für die anderen stehen große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter\*innen  
255 zu gewinnen, setzen wir auf gute Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und  
256 gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns gelungen, dass Beamt\*innen mit dem  
257 Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer  
258 Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-Option  
259 machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger\*innen, Austauschprogramme  
260 auch mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder  
261 Möglichkeiten, die Laufbahn zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

262 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den  
263 (Sicherheits-) Behörden

264 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische  
265 Enquete-Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der  
266 Berliner Verwaltung und den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu  
267 erfassen, diese abzubauen und die Verwaltung offener und diverser zu machen.  
268 Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können dort ihre  
269 diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven  
270 potentiell Betroffener sicherstellen.

271 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf  
272 den höheren Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze  
273 Menschen, People of Color, queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder  
274 Menschen aus bildungsferneren Milieus attraktiver zu machen, setzen wir bei  
275 Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle Führungskräfte der Verwaltung  
276 sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

---

277 6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser

278 Zusammenleben

279 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir  
280 gemeinsam Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig  
281 sind. Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch  
282 gegeben. Das Spardiktat des vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke  
283 ausbluten lassen. Wir haben seitdem die Personalstellen in den Bezirken um 20  
284 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent. Und wir haben  
285 Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg fortzusetzen,  
286 wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger\*innendienstleistungen in  
287 den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert  
288 sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

289 Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen

290 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln  
291 Wettbewerb um den billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk  
292 billiger erfüllt wird, müssen alle nachziehen, was zu einer fatalen  
293 Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die Kosten-  
294 und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen neben Kostendaten auch  
295 Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht alleiniges Merkmal  
296 guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir wollen  
297 einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die  
298 Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die  
299 Prüfung, ob die Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker  
300 verankern.

301 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt  
302 werden, da mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir  
303 wollen gemeinsames Ringen um den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der  
304 Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die Bezirke an Grenzen kommen. Darum  
305 wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse effizienter gestalten, um  
306 Kosten zu senken.

307 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen  
308 abgerechnet werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum  
309 abgebildet werden. Manche Angebote zeichnen sich durch viele Besucher\*innen aus,  
310 andere durch eine lange Verweildauer. Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-  
311 Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und Weiterbildung in einem  
312 Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die Zuweisungen in  
313 anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung  
314 bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

315 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

316 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten  
317 Jahren haben wir Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu  
318 verwenden haben, um ein Drittel zurückzufahren und Mittel direkt in den  
319 Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch gelten: Sonderprogramme  
320 dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr zur  
321 Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

322 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel  
323 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der

324 Erarbeitung des Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmenvorgaben  
325 wollen wir absenken und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive  
326 hoher Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards.

327 Mehr Demokratie in den Bezirken

328 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses  
329 Versprechen wollen wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen.  
330 Bisher werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen  
331 Stadträt\*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und  
332 Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip  
333 wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird  
334 für die Bürger\*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der  
335 Verantwortung stehen.

336 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die  
337 Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur  
338 in einigen Bereichen über Beschlussrechte und können überall sonst lediglich  
339 Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse  
340 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit  
341 erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem  
342 wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

343 Auch die direkte Beteiligung von Bürger\*innen wollen wir stärken. Wir wollen  
344 Bürger\*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger\*innen-Haushalte wird  
345 bisher ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze  
346 evaluieren und die besten in allen Bezirken etablieren.

347 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den  
348 Bezirksverwaltungen stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch  
349 gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, müssen  
350 dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.  
351 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel  
352 ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

353 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

354 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

355 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines  
356 Bodensicherungsgesetzes und eine Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt:  
357 Das Grundstockvermögen darf in seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert  
358 werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in außergewöhnlichen Notsituationen mit  
359 einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass Berlins Vermögen nicht  
360 nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische  
361 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur  
362 langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass  
363 in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand  
364 sind, und vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

365 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und  
366 Bezirken

367 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder  
368 Sektor – Verkehr, Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes

369 jährliches Klima-Budget aus. Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der  
370 daraus abgeleitete CO<sub>2</sub>-Einsparpfad für Berlin. Wird der nicht eingehalten,  
371 müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten zusätzlicher Treibhausgas-  
372 Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im Haushalt oder  
373 ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin transparenter,  
374 kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische  
375 Entscheidungsfindung ein.

### 376 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

377 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene  
378 verankert. Dies führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren  
379 Zuständigkeiten. Für uns gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die  
380 dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis  
381 zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen Verwaltung verantwortet  
382 werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit auch das  
383 notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres  
384 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten  
385 öffentlichen Aufgaben und Bürger\*innendienstleistungen Zielvereinbarungen  
386 abschließen. Damit beschleunigen wir auch die Modernisierung der Stadt,  
387 beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei Hauptstraßen und dem  
388 Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen komplett  
389 auf Bezirksebene angesiedelt ist.

### 390 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

391 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives  
392 digitales Bürger\*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort  
393 online, medienbruchfrei und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die  
394 bundesgesetzlichen Voraussetzungen schaffen und die internen Verwaltungsabläufe  
395 vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das Hin und Her zwischen  
396 verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden. Wir Grüne  
397 tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den  
398 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter\*innen  
399 umfassend geschult werden.

### 400 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

401 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung  
402 der Bezirke basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen  
403 Wettbewerb um den billigsten Preis. Das führt zu weniger Qualität und  
404 unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner Bezirken. Wir wollen  
405 Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste Leistung,  
406 nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit  
407 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.